

der 16. Landesdelegiertenversammlung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

MIT-Dialog-Papier

Vertrauen gewinnen und (dann) mehr Europa wagen – Die europapolitische Positionierung der MIT NRW

Ohne Europäischen Binnenmarkt kein starker Mittelstand. Seit Jahrzehnten profitieren unsere Unternehmen von offenen Grenzen und stabiler Währung. Selbst in Zeiten unsicherer Finanzmärkte und der Schuldenkrise südeuropäischer Staaten zeigt sich Deutschlands Mittelstand in guter Verfassung. Doch diese Sicherheit ist durch hohe deutsche Haftungsrisiken derzeit nur scheinbar stabil. Soll die europäische Staatengemeinschaft nachhaltig gesunden, müssen mehr Reformen durchgesetzt werden. Europas Staaten müssen untereinander Vertrauen zurück gewinnen. Die Europäische Union braucht eine Phase der kreativen Konsolidierung.

Der Abbau von Staatsdefiziten, Lohnzurückhaltung und breit angelegte Liberalisierungen stärken sukzessive die Produktivitätskennziffern und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten. Die Rettungspolitik erfordert jedoch einen langen Atem und muss durch weitere Instrumente flankiert werden. Nationale Schuldenbremsen (EU-Fiskalpakt), strengere Defizitverfahren und stärkere Durchgriffsrechte für die Kommission sowie eine gemeinsame Bankenaufsicht konnten Rat und EU-Parlament bereits durchsetzen. Dieser Weg ist richtig und muss durchgehalten werden. Allerdings geben weiter gehende Vorschläge der Brüsseler Institutionen Anlass zur Sorge: Gegen Auflagen sollen gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) und Schuldentilgungsfonds der Wirtschafts- und Währungsunion das notwendige Gewicht auf den Finanzmärkten geben. Die Kommission möchte zudem eine gemeinsame Einlagensicherung aller europäischen Banken erreichen.

Das hieße, die Schuldenlage zu missbrauchen, um mehr Europäische Integration zu

erreichen. Diese Vergemeinschaftung von Schulden und Haftung würde den Krisenstaaten ermöglichen an die Fehler der Vergangenheit anzuknüpfen. Das süße Gift des Schuldenmachens wäre wieder in Reichweite und könnte den Reformdruck nehmen. Der Steuerzahler müsste immer größere Haftungsrisiken übernehmen und die Banken wären zulasten der Sparer vom Risiko freigestellt.

Zwar soll es etwa einen Altschuldentilgungsfonds nur gegen Auflagen und bei entsprechender Bewährung geben. Wer garantiert aber für die Zukunft, dass die Bedingungen für Eurobonds und Schuldentilgungsfonds vorher (!) auch erfüllt werden? Nicht nur der Europäische Rat und die Nationalstaaten (auch Deutschland!), auch die EU-Kommission und das Europaparlament haben bei all diesen Themen wiederholt anstelle der Durchsetzung vereinbarter europäischer Regeln mit fragwürdigen Kompromissen die europäische Stabilitätsvorgaben durchlöchert. Deshalb lehnen wir alle Vorschläge, die auf eine weitere Vergemeinschaftung von Schulden hinauslaufen, ab. Auf dem Weg in die "echte" Wirtschafts- und Währungsunion müssen Reformen der Schuldenstaaten zunächst unumkehrbar greifen. Das Vertrauen untereinander muss zurück gewonnen werden.

Währung festigen: Reformen anstatt Schuldensozialismus

Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

- A. dass der deutsche Mittelstand vom Europäischen Binnenmarkt, der Gemeinschaftswährung und den sicheren politischen Rahmenbedingungen seit vielen Jahren in hohem Maß profitiert;
- B. dass angesichts der Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten Europa seinen weltweiten Einfluss nur halten kann, wenn es stärker als politische Einheit auftritt;
- C. dass die europäische Politik nur glaubwürdig und stark ist, wenn sie an den eigenen Kriterien für Währungsstabilität, Schuldenbegrenzung und EU-Beitrittsreife festhält und diese durchsetzt;
- D. dass der EU-Fiskalvertrag zusammen mit dem gehärteten Stabilitäts- und Wachstumspakt und den ESM-Auflagen die Europäische Union weniger anfällig

gegen nationale Schuldenexzesse macht; dass jedoch vorgesehene Sanktionen gegen ordnungs- und haushaltspolitisches Fehlverhalten der Mitgliedstaaten unzureichend angewandt werden;

- E. dass die mit den EU-Rettungsgeldern verbundenen Auflagen wichtige Reformerfolge (Lohnzurückhaltung, Arbeitsproduktivität, Liberalisierungen) in den südeuropäischen Ländern nach sich ziehen, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer sich deutlich steigert;
- F. dass die Reformerfolge und die EZB-Zinspolitik sich noch nicht ausreichend auf die Finanzierungs- und Kreditkosten der Kreditnehmer niederschlagen;
- G. dass sich die EZB von ihrem unabhängigen geldpolitischen Auftrag entfernt und zunehmend in die Rolle des Staatsfinanzierers und Bankenretters gerät;
- H. dass die Unabhängigkeit einer Europäischen Zentralbank mit geldpolitischem Auftrag für die Stabilität der Finanz- und Marktwirtschaft der Europäischen Union unerlässlich ist.

Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

1. fordert, dass die Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf den auf Einstimmigkeit und Sperrminoritäten basierenden ESM-Regeln bestehen und die Zusagen des Fiskalpaktes einfordern. Zugesagte Reformen müssen unumkehrbar Früchte tragen und nationale Schuldenbremsen die gewünschten Politikergebnisse bringen;
2. fordert eine Fortsetzung der Reformpolitik in den Krisenstaaten. Auf dem Weg in die "echte" Wirtschafts- und Währungsunion muss zuvor Vertrauen zurück gewonnen werden;
3. sieht die nach wie vor hohen Kreditkosten für unternehmerische Investitionen in den Krisenländern kritisch; fordert ein schlagkräftiges Bürgschaftsprogramm speziell zur Absicherung von KMU-Krediten durch die Europäischen Investitionsbank;

4. lehnt eine Vergemeinschaftung der Schulden (Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds, gemeinsame Einlagensicherungen) ab, da so Anreize für nationalstaatliche Haushaltsdisziplin verloren gingen und Mitgliedsstaaten mit solider Haushaltspolitik bestraft würden;
5. fordert als Bestandteil des Euro-Rettungspaktes eine Regelung, die für betroffene Staaten, die ohne wirksame Reformanstrengungen bleiben, eine zeitweise Rückstufung in vorherige Phasen der Währungsunion ermöglicht und geordnete, maßgeschneiderte Umschuldungsoptionen (Insolvenzrecht für Staaten) vorsieht;
6. fordert für die EU-Kommission im Falle der Verletzung gemeinsamer europäischer Regeln eine wirksame eigene Geltendmachungskompetenz beim EuGH. Dies muss im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgesetzt werden. Zudem sollte der Kommission ein Vetorecht bei Regelverstößen und ein Zurückweisungsrecht für nationale Haushalte eingeräumt werden, die gegen Stabilitätskriterien verstoßen;
7. fordert, dass der Aufkauf von Staatsanleihen verschuldeter Europäischer Mitgliedsstaaten durch die Europäische Zentralbank mit Hinblick auf akute Staatskrisen lediglich eine überbrückende Funktion haben darf und die absolute Ausnahme bleiben muss;
8. lehnt einen ESM mit Bankenlizenz (vorher gekaufte Staatsanleihen an EZB abtreten) ebenso wie die EZB entschieden ab;
9. kritisiert, dass die Staaten, die die Lasten der Eurorettung vornehmlich tragen, in den Entscheidungsgremien der EZB nicht den Einfluss haben, den ihre Anteile an Bevölkerung und Wirtschaftskraft rechtfertigen würden; lehnt ein Rotationsprinzip in den Entscheidungsgremien entschieden ab; fordert stattdessen dauerhaft mehr Stimmgewichte für die größten Anteilseigner entsprechend dem Vorbild des Internationalen Währungsfonds.
10. fordert, dass in Zukunft eine klare Trennlinie zwischen Geld- und Finanzpolitik

eingehalten wird, damit die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gewährleistet ist;

11. fordert auch für die Bankenaufsicht eine klare Trennung zu den geld- und finanzpolitischen Entscheidungsstrukturen der EZB; fordert, die Bankenaufsicht auf systemrelevante Banken zu beschränken; lehnt EU-Vorgaben für die Haftungsverbünde der Sparkassen und Volksbanken ab.

Subsidiarität wahren: Europäischer Normenkontrollrat und nationale Subsidiaritätsrüge

Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

- A) dass regelmäßige Kompetenzüberschreitungen durch EU-Kommission und Europaparlament die Regionen und Wirtschaft verunsichern. Kleinteilige Richtlinieninitiativen (Duschköpfe, Dieselsteuer, Saatgut, Bodenschutz, CSR uvm.) der Europäischen Kommission bedrohen die Akzeptanz Europas bei den Bürgerinnen und Bürgern;
- B) dass Interventionen der Kommission mit Forderungen beispielsweise nach europaweiten Frauenquoten, Mindestlöhnen, europäischen Regelungen für Rentensysteme oder für berufliche Zugangs- und Qualifizierungssysteme (z.B. Abschaffung der Meisterpflicht) nicht hinnehmbar sind;
- C) dass die Subsidiaritätskontrolle der Nationalstaaten kaum koordiniert geschweige denn organisiert ist. Der Widerstand aus dem Europaparlament ist begrenzt, sind es doch mit Klima-, Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutz in der Regel Themen, die populär genug sind, um unbequemen Subsidiaritätsfragen auszuweichen.

Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

1. fordert, dass die EU sich auf die großen Aufgaben konzentriert. Die europäischen Institutionen müssen lernen, sich selbst zu begrenzen. Nicht alles,

was zu regeln ist, muss europäisch geregelt werden. Hier müssen wir zu einem Kurs des Maßes und der Mitte zurückkehren;

2. fordert insbesondere in den Bereichen der Sozial- und Umweltgesetzgebung eine Überprüfung der europäischen Zuständigkeiten und gegebenenfalls die Rückverlagerung auf mitgliedstaatliche Ebene;
3. fordert Bundesregierung und Bundestag auf, das Instrument der Subsidiaritätsrüge stärker zu nutzen und dafür Kapazitäten bereit zu stellen;
4. fordert auf europäischer Ebene die Schaffung eines unabhängigen EU-Normenkontrollrates, der bisherige Zuständigkeiten der EU überprüft und in einem Frühwarnverfahren Kompetenzüberschreitungen der EU-Kommission verhindert;
5. fordert die Schaffung einer Subsidiaritätskammer beim Europäischen Gerichtshof, die für Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und EU zuständig ist und aus den Präsidenten der nationalen Verfassungsgerichte besteht;
6. fordert, die Zahl der EU-Kommissare deutlich zu reduzieren. Die EU-Kommission muss ferner den Ressortegoismus von Kommissaren und Generaldirektionen überwinden und eine vorbehaltlose Überprüfung des gesamten bürokratischen Regelwerkes nach dem Vorbild der Stoiber-Kommission angehen.

Ein gefestigtes Europa als Global Player

Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

- A) dass eine zu großzügige Aufnahme von Ländern in die Union und in die Eurozone zu den heutigen Stabilitätsproblemen beigetragen hat und in Zukunft beitragen würde;

- B) dass die europäische Staatengemeinschaft in wichtigen außenpolitischen Fragen nicht mit einer Stimme spricht und dadurch ihr internationales Gewicht schwächt;
- C) dass die europäischen Institutionen für unzählige Einzelthemen Verantwortung tragen wollen, die Bürger und die Wirtschaft in der rasant fortschreitenden Globalisierung mehr Europa aber vor allem dort erwarten, wo einzelne Mitgliedstaaten keine ausreichende nationale Antwort mehr haben.

Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

1. lehnt EU-Erweiterungen über den Beitritt Kroatiens hinaus in absehbarer Zeit ab. Die Aufnahme in die EU und in die Eurozone muss strenger Kriterien standhalten können. Europa braucht eine Atempause. Europa muss seine inhaltlichen und seine geographischen Grenzen definieren, wenn es nicht handlungsunfähig sein will;
2. fordert eine Reform der europäischen Nachbarschaftspolitik. Nicht jedes Nachbarland muss Mitglied der EU werden; verschiedenste Kooperationsformen bis hin zum gemeinsamen Markt mit gemeinsam verantworteten Politikfeldern sind denkbar, jedoch ohne die Teilnahme der Nachbarstaaten an den gemeinsamen Institutionen. Der EWR kann dafür Vorbild sein. Dies könnte auch ein Weg z.B. für die Türkei, die Ukraine und einzelne Staaten in Nordafrika sein;
3. fordert mehr Europa in der Außenpolitik. Einzelstaatliche Botschaften von EU-Mitgliedsländern sind nicht immer zwingend notwendig. Mehr gemeinsame Auslandsvertretungen der EU-Mitgliedsländer erhöhen die Sichtbarkeit Europas im Ausland; auch eine neue Initiative in Richtung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist notwendig;
4. fordert mehr europäische Gesetzgebungskompetenz und Vertretungsrechte in Fragen der Energie- und Rohstoffsicherheit, des internationalen Umweltschutzes, der Entwicklungshilfe sowie in der Terrorbekämpfung und der Sicherheitspolitik.